

Gumpel, Werner

Article — Digitized Version

Perspektiven des Ost-West-Handels

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Gumpel, Werner (1981) : Perspektiven des Ost-West-Handels, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 61, Iss. 2, pp. 85-90

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135529>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Perspektiven des Ost-West-Handels

Werner Gumpel, München

Die Zeiten eines ungebremsten Wachstums des Osthandels gehören der Vergangenheit an. Zwar wäre es falsch, von „düsteren Aussichten für den Ost-West-Handel“¹ zu sprechen. Zweifellos werden jedoch Wachstumsraten der bundesdeutschen Exporte von 30 und mehr Prozent, wie sie in den Jahren 1973 und 1974 erzielt wurden, auch bei Nutzung aller gegebenen Handelsressourcen der Vergangenheit angehören. Welches sind nun die Perspektiven des Ost-West-Handels?

Die Entwicklung des Osthandels ist in der Vergangenheit stets von politischen Aspekten belastet gewesen. Er war ein Stück Außenpolitik der beteiligten Staaten. Das gilt sowohl für die Länder des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) als auch für die westlichen Staaten. So heißt es in den Lehrbüchern der Außenwirtschaft der sozialistischen Länder: „Die Außenwirtschaftspolitik ist Bestandteil der Gesamtpolitik der sozialistischen Staaten, insbesondere seiner Wirtschafts- und Außenpolitik.“ Dabei wird von der „dialektischen Einheit von Politik und Ökonomie“ ausgegangen². Diese Einheit wurde der Welt in der Vergangenheit immer wieder vor Augen geführt, so besonders im Falle des Handels mit China und Albanien, aber auch (viel früher) mit Jugoslawien. Ein wesentliches Element in der Außenhandelspolitik der sozialistischen Staaten war auch das Bestreben, aus den Wirtschaftsbeziehungen mit den westlichen Industriestaaten keine politischen Abhängigkeiten entstehen zu lassen.

Aber auch die westliche Seite hat den Handel in der Vergangenheit als politisches Instrument gegenüber

dem Osten benutzt, wobei in diesem Zusammenhang nur auf das NATO-Embargo und die daraus resultierenden Cocom-Listen sowie auf das jüngste Getreide-Embargo verwiesen sei.

Entwicklung in der Vergangenheit

Trotz dieser Belastungen entwickelten sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen West und Ost bis zum Jahre 1970 zwar nicht so spektakulär wie zu Beginn der siebziger Jahre, dennoch war die Entwicklung sowohl wert- als auch mengenmäßig kontinuierlich nach oben gerichtet. So konnten die Exporte der wichtigsten Industrienationen der Welt (EWG-Länder, Großbritannien, USA, Kanada und Japan) in die europäischen RGW-Staaten, zuzüglich Volksrepublik China, von 1950 bis 1969 (Jahr des Abschlusses der Ostverträge) von 499,5 Mill. US \$ (fob) auf 4886,2 Mill. US \$ gesteigert werden. Die Importe des Westens aus dem Osten wuchsen im gleichen Zeitraum von 788,7 auf 4702,1 Mill. US \$³. Das bedeutet fast eine Verzehnfachung der Ausfuhren und eine Versechsfachung der

Prof. Dr. Werner Gumpel, 50, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre und Vorstand des Seminars für Wirtschaft und Gesellschaft Südosteuropas der Universität München.

¹ Vgl. Neue Zürcher Zeitung (Fernaussage), Nr. 275 v. 26. 11. 1980.

² Vgl. z. B. Autorenkollektiv: Sozialistische Außenwirtschaft, Berlin (Ost) 1976, S. 149, und *Ekonomika i vnešneekonomičeske svjazi SSSR* (Die Wirtschaft und die außenwirtschaftlichen Verbindungen der UdSSR), Moskau 1979, S. 78.

³ OECD: Statistical Bulletins, Foreign Trade, Series A, Overall by Countries.

Einfuhren im Verlauf von 20 Jahren, wobei sich dieser Handel insofern „normaler“ als nach dem Einsetzen der Entspannungspolitik abwickelte, als sich die Handelsdefizite der Oststaaten in engen Grenzen hielten (kumuliertes Defizit sämtlicher Oststaaten von 1961-1969: 583,9 Mill. \$). Dagegen belief sich der Negativsaldo für den europäischen RGW-Bereich allein im Jahre 1975 auf fast 9757,6 Mill. \$. Für die Zeit von 1970 bis 1978 kumulierte sich das Handelsbilanzdefizit der RGW-Staaten auf 42 498,7 Mill. US \$⁴. Im Rahmen der Entspannungspolitik konnte der Ost-West-Handel zwar enorm gesteigert werden, er geriet aber völlig aus dem Gleichgewicht, was bereits damals kritische Beobachter fragen ließ, wie lange eine solche Handelspolitik durchgehalten werden kann, weil dies zwangsläufig zu einer Problemmakumulierung führen mußte.

Die sechziger Jahre waren nicht nur in Hinblick auf die Entwicklung des Handelsvolumens und der Handelsbilanz bemerkenswert. Denn bereits damals waren die Zuwachsraten des Gesamthandels der EWG-Staaten mit den RGW-Staaten (ohne Sowjetunion) fast doppelt so hoch wie die mit Drittländern insgesamt, deren Güteraustausch mit der EWG allerdings

einen sehr viel höheren Umfang hatte. Selbst in jenen Bereichen, in denen EWG-Agrarmarktordnungen bestanden, hatten die RGW-Länder die Möglichkeit, ihre Exporte zu steigern, um damit die vermehrten Exporte aus der Wirtschaftsgemeinschaft zu bezahlen. Es gelang ihnen damals besser, sich den Agrarmarktmechanismen anzupassen als anderen Drittländern⁵.

Détente und Ost-Westhandel

Es kann daher festgehalten werden, daß *der Ost-West-Handel auch vor dem Einsetzen der Détente-Politik sich außerordentlich zufriedenstellend entwickelt hat* und der Westhandelsanteil der RGW-Länder ständig vergrößert worden ist. Der Güteraustausch bewegte sich zwar in den engen Grenzen der östlichen Kauffähigkeit, doch stellt diese eine natürliche, von den ökonomischen Ressourcen gesetzte Grenze dar. Sie ließ sich durch Sonderformen des Handels, wie

⁴ Ebenda.

⁵ Vgl. Hermann Gross: Probleme der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, ihre Liberalisierung und das GATT, in: Hermann Gross (Hrsg.): Probleme des Ost-West-Handels, Bonn-Bruxelles-New York 1971, S. 36; vgl. auch Endré Antal: Entwicklungstendenzen des polnischen Außenhandels mit Agrar- und Nahrungsgütern, in: Osteuropa Wirtschaft, 25. Jg., Heft 4, 1980, S. 272.

Außenhandel der RGW-Staaten

(in Mill. Rubel)

	Insgesamt			Außenhandel mit den kapitalistischen Ländern								
	1970	1975	1979	Insgesamt			Export			Import		
				1970	1975	1979	1970	1975	1979	1970	1975	1979
Bulgarien	3452	7521	11562	572	1276	1729	257	324	850	315	925	879
Ungarn	4303	8645	18317	1222	2112	6443	584	855	2845	638	1257	3597
DDR	8479	15930	23307	2067	4132	6056	902	1687	2337	1165	2445	3719
Polen	6439	17057	23514	1743	7044	8146	906	2423	3514	837	4621	4632
Rumänien	3428	7960	13832	1227	2920	7952 ^a	531	1255	3615 ^a	696	1665	4337 ^a
UdSSR	22085	50699	80290	4694	15843	25754	2154	6140	12506	2540	9703	13248
Tschechoslowakei	6739	12171	18240	1509	2719	4025	694	1157	1746	814	1562	2279

^aKapitalistische und Entwicklungsländer.

Quelle: Statistisches Jahrbuch des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, Moskau 1971 (S. 341 f.), 1976 (S. 339, 341) und 1980 (S. 333, 335).

Kompensations- und Dreiecksgeschäfte, sowie durch verschiedene Formen der wirtschaftlichen Kooperation in beschränktem Maße erweitern.

Fast schlagartig mit dem Jahre 1970 setzte eine sprunghafte Erweiterung des Ost-West-Handels ein. Ausschlaggebend hierfür sind wiederum sowohl politische als auch ökonomische Gründe. Mit der von den USA durchgesetzten Entspannungspolitik waren die politischen Rahmenbedingungen für einen verstärkten Handelsaustausch geschaffen worden. Die Cocom-Listen wurden stark reduziert und vergrößerten damit die Exportmöglichkeiten der westlichen Industriestaaten. Auf der östlichen Seite war diese Entwicklung willkommen. Sie wurde unterstützt, da die ohnehin mit wirtschaftlichen Problemen kämpfenden Planwirtschaften beim erreichten Entwicklungsstand sich mit immer größeren Schwierigkeiten konfrontiert sahen. Das zentralistische Planungssystem wurde immer mehr zu einer Fessel der Produktivkräfte, woran auch die in den verschiedenen Ländern zu unterschiedlichen Zeitpunkten durchgeführten Wirtschaftsreformen zunächst nicht viel geändert hatten. Die hohen Wachstumsraten der Vergangenheit waren nur unter immer größerem Einsatz aufrechtzuerhalten, flachten nach 1970 ab, und die Folgen der bis dahin betriebenen extensiven Industrialisierung machten sich immer stärker bemerkbar. Die in der Sowjetunion Jahrzehnte, in den anderen RGW-Staaten fast anderthalb Jahrzehnte währende relative Abkapselung der Wirtschaft nach außen hatte, gemeinsam mit dem unelastischen Wirtschaftssystem, zu technologischem Rückstand geführt. Die wirtschaftlichen Kapazitäten der RGW-Länder waren weitgehend veraltet und bedurften dringend der Modernisierung⁶. Gleichzeitig wurde es immer schwieriger, den Bedarf an modernen Maschinen und Ausrüstungen im eigenen Lager zu decken, da die bei dem erreichten Wirtschaftsstand erforderlichen Technologien dort nicht oder nur begrenzt (in der DDR und in der Tschechoslowakei) zur Verfügung standen.

Wirtschaftliche Zwänge im Osten

Als Folge der extensiven Industrialisierung, die nicht nur durch eine verstärkte Substitution von Kapital durch Arbeit gekennzeichnet war, sondern auch durch eine Vernachlässigung der Ersatz- zugunsten der Erweiterungsinvestitionen (Outputmaximierung), blieben verschiedene Sektoren hinter den Anforderungen der Volkswirtschaft zurück. Hierzu gehörte vor allem das Verkehrswesen, in dessen Bereich weitgehend aus

⁶ Vgl. hierzu ausführlich Werner Gumpel: Wirtschaftliche Grenzen des Sowjetstaates, in: Politische Studien, 31. Jg., Nr. 253, S. 517 ff.

der Substanz gelebt wurde; hierzu gehörte aber auch die Landwirtschaft. Letztere wurde in allen RGW-Staaten, besonders aber in der Sowjetunion, als Akkumulationsquelle im Industrialisierungsprozeß benutzt. Bei den Investitionen blieb sie benachteiligt.

Beide Zweige haben daher nicht nur einen großen Nachholbedarf im Hinblick auf Investitionen; sie zwingen auch zur Aufnahme von außenwirtschaftlichen Beziehungen, zum Import sowohl von Technologien und Transportmitteln (Verkehrssektor) als auch von Lebensmitteln aufgrund der mangelhaften Leistungsfähigkeit des Agrarsektors. Gleichzeitig zwingt der aus dem Wirtschaftswachstum resultierende Energieverbrauchszuwachs zu verstärkten Investitionen in die Energiewirtschaft.

Aus all dem resultierte ein Bedarf an Gütern aus den westlichen Industriestaaten, der zu einer Erweiterung der Außenwirtschaftsbeziehungen geradezu zwang. Die Bewältigung der anstehenden volkswirtschaftlichen Probleme war nur mit verstärkten Importen bei gleichzeitiger Gewährung umfangreicher Kredite möglich, da die eigene Kapitaldecke in keinem der RGW-Länder ausreichte, um die Probleme aus eigener Kraft zu lösen, und die Exporte (zumindest auf mittlere Frist) nicht fühlbar gesteigert werden konnten. Hätten keine ausländischen Ressourcen für die Problemlösung herangezogen werden können, so hätten die RGW-Staaten noch sehr viel stärkere Wachstumseinbußen hinnehmen müssen, als sie tatsächlich erlitten haben.

Ungeahnte Handelserweiterung

In der gegebenen wirtschaftlichen Situation mußte die UdSSR als Führungsmacht im Osten an einer internationalen politischen Entspannung stark interessiert sein. Nur im Rahmen einer Entspannungspolitik konnte sie mit ihren Partnerstaaten voll an den westlichen Ressourcen partizipieren. Da die westlichen Industriestaaten bereit waren, den Wünschen der sozialistischen Staaten entgegenzukommen, trat die bereits erwähnte *Handelserweiterung ungeahnten Ausmaßes ein, die aber auf sandigem Boden fundierte*. Die den RGW-Staaten nur allzu bereitwillig gewährten Kredite wurden weniger nach ökonomischen als nach politischen Kriterien vergeben.

Als die Verschuldung einiger RGW-Staaten (Polen und Bulgarien) alle bisher für verantwortbar gehaltenen Grenzen (Verhältnis von Nettoverschuldung in konvertibler Währung zum jährlichen Westexport und prozentualer Anteil des Schuldendienstes am jährlichen Exporterlös in harter Währung, die sogenannte „debt service ratio“) sprengte, wurde die „Schirmtheo-

rie“ entwickelt und auf die politische Stabilität der Ost-Regime als Garanten für die Sicherheit der Kredite verwiesen⁷. Auf die Fragwürdigkeit der „Schirmtheorie“, die davon ausgeht, daß die UdSSR bereit ist, für die Schulden ihrer Partnerstaaten im RGW einzustehen, braucht hier nicht besonders eingegangen zu werden.

Das Ausmaß der Verschuldung der RGW-Staaten Osteuropas ist nicht exakt feststellbar, da keine offizielle Stelle des Ostens jemals Angaben darüber gemacht hat. Die westlichen Schätzungen darüber gehen auseinander, doch dürfte eine Größenordnung von ca. 65 Mrd. Dollar zutreffen. Für die einzelnen Länder bedeutet dies die folgende „debt service ratio“: Tschechoslowakei: 22 %; UdSSR: 18 %; DDR: 54 %; Rumänien: 22 %; Ungarn: 37 %; Polen: 92 %; Bulgarien: 38 %⁸. *Dieser Verschuldungsstand ist so hoch, daß eine weitere Kreditausweitung weder von westlicher noch von östlicher Seite zu verantworten ist.*

Determinanten der weiteren Entwicklung

Der Verschuldungsstand und die „debt service ratio“ zeigen deutlich: Eine Erweiterung des Handelsvolumens auf dem Wege einer weiteren Kreditexpansion ist für die Zukunft nicht zu erwarten, auch wenn einzelne Ostländer nach wie vor über Kredite verhandeln. Das Gegenteil ist der Fall. Aus fast allen sozialistischen Ländern liegen Aussagen führender Persönlichkeiten vor, die entweder Zurückhaltung bei weiteren Kreditaufnahmen im Westen fordern (so der Präsident der ungarischen Nationalbank Matyas Timar⁹) oder aber den Abbau der Verschuldung postulieren. Der rumänische Staatsführer Ceauşescu formulierte unmißverständlich, daß sämtliche Ministerien Auslandskredite nicht mehr zulassen dürfen. Er forderte die absolute Einstellung von Importen auf der Basis von Krediten und die Abdeckung aller Importe durch Exporte sowie weiterhin den Abbau der Außenverschuldung innerhalb weniger Jahre¹⁰. Ähnliche Ziele hat sich Polen gesetzt.

Die Forderungen Ceauşescus dürften (besonders für Polen) schwer zu verwirklichen sein, dennoch gehen die Bemühungen der RGW-Staaten in diese Richtung. Entsprechende Ankündigungen sind daher ernst zu nehmen.

Die Verwirklichung kann unter den gegebenen Bedingungen nur auf zwei Wegen erfolgen:

- durch eine absolute oder relative Einschränkung der Importe
- durch eine Erweiterung der Exporte.

Die RGW-Staaten gehen beide Wege gleichzeitig. Wenn es dennoch in den Jahren 1979 und 1980 zu einer wertmäßigen Ausweitung des Osthandels gekommen ist, so ist dies, wie das DIW feststellt¹¹, primär auf die Explosion der Außenhandelspreise zurückzuführen. Nach Schätzungen dieses Instituts erhöhten sich die sowjetischen Exportpreise im Jahre 1979 um 45 %, die Importpreise aber nur um 13 %. Auch Polen konnte seine Austauschverhältnisse verbessern, für Ungarn verschlechterten sie sich.

Für die Bundesrepublik zeigt sich ein Bild von faktisch stagnierenden Exporten in den RGW-Bereich (dieser als Ganzes genommen) in den Jahren 1976 und 1977. Seither ist eine gegenüber der Vergangenheit stark gebremste Aufwärtsbewegung zu beobachten. Dagegen steigen die Importe aus dem RGW-Bereich. Verzeichnete die Bundesrepublik noch im Jahre 1974 einen Exportzuwachs von 38,9 % und eine Importzunahme aus dem europäischen RGW-Bereich von 23,4 %, so belief sich das Exportplus im Jahr 1976 nur noch auf 1,6 %, das Importplus dagegen auf 20,4 %. Im darauffolgenden Jahr schrumpften die deutschen Exporte sogar um 1 %. Seit 1976 übersteigt der Importzuwachs im deutschen Osthandel bei weitem den Exportzuwachs.

Wandel in der Handelspolitik

Nicht erst seit der Rede von Nicolae Ceauşescu, sondern (ausgenommen die UdSSR und Bulgarien) bereits seit 1975 ist zum Abbau des hohen Verschuldungsstandes ein Wandel in der Handelspolitik der sozialistischen Staaten vollzogen worden. Die Euphorie der Détente-Politik hat in ihren wirtschaftlichen Auswirkungen das bis dahin weitgehend vorhandene Gleichgewicht in den Handelsbeziehungen zwischen Ost und West gesprengt. Sowohl Politik als auch Wirtschaft im Westen ließen dabei außer acht, daß nur jener Handel sich kontinuierlich entwickeln kann, der auf der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung, auf der tatsächlichen Wirtschaftskraft der Partnerstaaten aufbaut. Eine zu starke Kreditexpansion (das zeigt auch die Geschichte des innerdeutschen Handels) gefährdet die Kontinuität der Handelsbeziehungen, da sich die Kredite als vorweggenommene Exporte erweisen.

⁷ Vgl. George E. Schmutzler: Perspektiven der Finanzierung von West-Ost-Geschäften, in: Osteuropa Wirtschaft, 25. Jg. (1980), Heft 3, S. 202.

⁸ National Foreign Assessment Center: Estimating Soviet and East European Hard Currency Debt, Washington, D. C., 1980, S. iii.

⁹ Vgl. Neue Zürcher Zeitung (Fernaussgabe), Nr. 293 v. 17. 12. 1980.

¹⁰ Neuer Weg (Bukarest), Nr. 9824 v. 19. Dezember 1980.

¹¹ DIW, Wochenbericht 46/80, S. 473.

Die seit Mitte der siebziger Jahre eingetretene Änderung der östlichen Handelspolitik bedeutet nicht, daß die RGW-Staaten nicht mehr an einem weiteren Ausbau der Handelsbeziehungen mit den westlichen Industriestaaten interessiert sind. Die bereits geschilderten wirtschaftlichen Probleme dieser Länder sind unverändert gegeben und haben sich sogar noch verschärft, neue sind aufgrund der weltwirtschaftlichen Entwicklung hinzugetreten. Das Ziel der RGW-Länder ist es, bei Überwindung dieser Probleme zu einer Konsolidierung ihrer Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen zu kommen, um dann, sozusagen von einer neuen Basis aus, die außenwirtschaftlichen Beziehungen auszuweiten. Daß dies für die rohstoffreiche UdSSR wesentlich leichter ist als für die anderen europäischen RGW-Staaten, versteht sich von selbst.

Konsolidierung der Außenwirtschaftsbeziehungen bedeutet auch, daß zunächst einmal die Binnenwirtschaft gefestigt werden muß, die als Folge der Politik der forcierten Industrialisierung und der damit verbundenen ungezügelter Expansion der Schwerindustrie aus dem Gleichgewicht geraten ist. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, vor denen heute die RGW-Staaten stehen, sind in erster Linie die Folge dieser Industrialisierungspolitik. Die binnenwirtschaftliche Stabilisierung aber, und dies wirkt heute wie ein *Circulus vitiosus*, ist nur möglich, wenn weiter Westhandel betrieben wird. *Der bisher rein wachstumsorientierte Westhandel der sozialistischen Staaten wird daher zunehmend in den Dienst der Wirtschaftskonsolidierung gestellt werden müssen.* Das muß nicht unbedingt eine Änderung der Güterstruktur im Handel bedeuten, beeinflußt aber zweifellos die Prioritäten der Handelspolitik. So wird es, um die aus der Versorgungskrise resultierenden innenpolitischen Belastungen abzubauen, erforderlich werden, die Konsumgüterindustrie stärker als bisher zu entwickeln, was zum Import gewisser Investitionsgüter zwingt.

Andere Importzwänge ergeben sich aus den Schwerpunkten der Wirtschaftsentwicklung, wie sie in den Fünfjahrplänen der RGW-Länder und den langfristigen Zielprogrammen des RGW festgeschrieben sind. Den Hauptschwerpunkt bilden dabei der Ausbau und die Entwicklung der Energiewirtschaft. Sie stellt nicht nur für die kleinen europäischen RGW-Länder, sondern auch für die Sowjetunion ein schwerwichtiges Problem dar. So nehmen die Kosten für die Förde-

rung und den Transport von Energieträgern in der UdSSR ständig zu¹². Wegen des hier erforderlichen hohen Kapitaleinsatzes müssen andere Wirtschaftsbereiche vernachlässigt werden, wenn es nicht gelingt, die Investitionen zu beschränken. Gleichzeitig erfordert aber gerade die energiewirtschaftliche Situation eine Modernisierung des hohen Anteils veralteter Ausrüstungen. Mit Recht stellt V. Gzovskij in der sowjetischen Zeitschrift „Voprosy Ekonomiki“ die Frage, woher die Mittel für diese „effizienteren Investitionen“ genommen werden können¹³.

Exportoffensive der RGW-Länder

Da die eigenen Mittel beschränkt sind, eine weitere Auslandsverschuldung jedoch nur begrenzt oder gar nicht erfolgen soll, können in außenwirtschaftlicher Sicht nur vermehrte Exporte zu einer Problemlösung führen.

In diese Richtung zielen die gegenwärtigen Bemühungen der RGW-Staaten. Sie laufen (in den einzelnen Ländern in unterschiedlichem Maße) auf eine Stärkung der Außenwirtschaftsbeziehungen

- durch Änderungen in der Außenhandelsorganisation und
- durch den Versuch, den Absatz von Maschinen in den westlichen Industriestaaten zu erhöhen, hinaus.

Den ersten Weg gehen vor allem Ungarn, Rumänien und (soweit das heute erkennbar ist) auch Polen. Er wird charakterisiert durch das Bemühen, einen ständigen Kontakt zwischen Produzenten und ausländischen Kunden zu ermöglichen (Ungarn), bis hin zu Verbesserungen der Außenhandelsorganisation, eine Erhöhung der materiellen Anreize für Exporte und Änderungen des Wechselkurses für Außenhandelstransaktionen¹⁴.

Der zweite Weg wird von allen RGW-Ländern schon seit längerem angestrebt, jetzt aber energischer beschritten. Hier gibt es zweifellos noch Reserven. So konnte beispielsweise Rumänien in den letzten Jahren wegen mangelnder Planerfüllung der Staatsunternehmen 40 % der ausländischen Maschinenbestellungen nicht ausführen¹⁵. Da jedoch alle RGW-Staaten diesen Weg beschreiten wollen und mit Exportsubventionen arbeiten können, bedeutet dies, daß ein entsprechender Druck auf die westlichen Märkte ausgeübt werden wird. Gleichzeitig werden sich die RGW-Länder untereinander Konkurrenz machen, was den Preisdruck

¹² Vgl. V. G z o v s k i j : *Ekonomija energoresursov v stranach SEV* (Die Einsparung von Energieressourcen in den Ländern des RGW), in: *Voprosy Ekonomiki*, Heft 12/1980, S. 98.

¹³ Ebenda.

¹⁴ RFE-Research: *Hungarian Situation Report v. 7. 5. 1980* und *Romanian Situation Report v. 13. 11. 1980*.

¹⁵ RFE-Research: *Romanian Situation Report v. 13. 11. 1980*.

noch erhöhen dürfte. Die Exportoffensive soll von einer Anhebung der Qualität der Güter begleitet werden.

Handelsprobleme

Da die sozialistischen Staaten mit diesen Gütern nicht nur auf die Märkte der Industrieländer, sondern auch die der Länder der Dritten Welt drängen, dürften sie im Bereich einfacher Technologien immer mehr zum Konkurrenten der westlichen Industrieländer werden. Voraussetzung hierfür ist allerdings, daß sie nicht nur die Qualität ihrer Güter verbessern, sondern auch fähig sind, pünktlich zu liefern und die Ersatzteilversorgung zu sichern. Ob ihnen dies gelingt, ist zweifelhaft, und damit ist auch der Erfolg ihrer Bemühungen in Frage gestellt. Gleichzeitig bedeutet die Konjunkturabschwächung in den westlichen Industriestaaten eine Verminderung der Absatzmöglichkeiten sowohl von Industriegütern als auch von Rohstoffen. Die Abhängigkeit der Außenhandelsverflechtung zwischen Ost und West von der Konjunkturerwicklung in den westlichen Ländern ist nachgewiesen¹⁶. Damit ergibt sich aber zumindest kurzfristig ein weiteres dämpfendes Element für die Erweiterung des Ost-West-Handels.

Andererseits hängt der weitere Ausbau der Ost-West-Handelsbeziehungen nicht nur von der Aufnahmefähigkeit der westlichen Märkte ab, sondern auch von der Fähigkeit der östlichen Länder, die dort zu beobachtende Preisexplosion neben der Preisexplosion für Brennstoffe zu verkraften. Auch wenn die Erdölpreise der UdSSR gegenwärtig um 25-30 % unter dem Weltmarktniveau liegen¹⁷, müssen immer größere Summen an diesen Haupterdöllieferanten bezahlt werden, der einen immer kleineren Anteil des Bedarfs der RGW-Länder decken kann. Dies bedeutet, daß, wenn Erdöl nicht in größerem Maße durch Kohle und andere Energieträger substituiert oder eingespart werden kann, ein immer größerer Teil des außenwirtschaftlichen Potentials für den Erdölbezug verwendet werden muß und damit nicht für andere Importe zur Verfügung steht.

Die Position der RGW-Länder kann unter Umständen dadurch eine Verbesserung erfahren, daß die westlichen Industriestaaten aufgrund der konjunkturellen Situation verstärkt um die Ostmärkte konkurrieren werden. Das kann sich sowohl in den Kreditvergabebedingungen als auch in Preiszugeständnissen oder Exportsubventionen ausdrücken. Dieser Konkurrenz-

kampf wird auch innerhalb der EG stärker als bisher spürbar werden, wobei mit „harten Bandagen“ gekämpft werden wird. So sehen französische Autoren eine Chance für die französischen Ost-Exporte, wenn die RGW-Staaten erkennen, daß die Dominanz der Bundesrepublik in ihrem Außenhandel zu politischer Abhängigkeit führt. Darauf müsse eingegangen werden¹⁸. Zweifellos ist es in diesem Zusammenhang für die Bundesrepublik von Vorteil, daß es noch zu keiner gegenseitigen Anerkennung von EG und RGW gekommen ist und die Ostländer (mit Ausnahme Rumäniens) noch keine Handelsverträge mit der EG geschlossen haben¹⁹.

Enge Grenzen

Die Erweiterung des Ost-West-Handels wird sich (preisbereinigt) in den kommenden Jahren nur in recht engen Grenzen vollziehen können. Diese Grenzen werden um so dehnbarer, je mehr Möglichkeiten der wirtschaftlichen Kooperation gefunden werden. Hier gibt es nicht nur innerhalb des RGW, sondern auch auf Drittmärkten noch eine Reihe ungenutzter oder nicht genügend genutzter Möglichkeiten. Sie zu finden bedarf es allerdings mehr schöpferischer Phantasie als in der Vergangenheit. Die Vielzahl von Aufgaben, die die langfristigen Zielprogramme des RGW gestellt haben, zeigen die Schwerpunkte der langfristigen Entwicklungsstrategie des Ostens. Sie geben daher manchen Hinweis auf mögliche Kooperationen. Diese sowie die verschiedenen Formen von Gegengeschäften werden noch stärker als in der Vergangenheit die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen bestimmen. Bereits im Jahre 1980 wurde der Anteil der Gegengeschäfte am Import der RGW-Staaten auf 50 % geschätzt. Der Gegengeschäftsanteil im Ost-West-Handel beläuft sich auf 47 %²⁰.

Im Handel werden besonders jene Güter gefragt sein, die dem Ausbau der Energiewirtschaft und ihrer komplementären Bereiche sowie der Produktionsinfrastruktur dienen. Generell berechtigt aber die aktuelle Situation in der Weltwirtschaft sowie im RGW-Bereich zu keinem übertriebenen Optimismus. Pessimismus allerdings wäre auch nicht am Platze, da nach einer mehrjährigen Konsolidierungsphase durchaus wieder mit einem gemäßigten Aufschwung gerechnet werden kann. Nur sollte dann darauf geachtet werden, daß die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden.

¹⁸ Vgl. *Le Courier des Pays de l'Est*, Paris, Nr. 243, September 1980, S. 47.

¹⁹ Lediglich für den Textil- und Stahlsektor haben die hauptsächlich betroffenen Länder (ausgenommen die UdSSR) Vereinbarungen mit der Europäischen Gemeinschaft getroffen.

²⁰ *Business International*, Heft 2, 1980, S. 12.

¹⁶ Vgl. Günter Hedtkamp: Die RGW-Länder zwischen Integration und Westhandel, in: Knut Borchardt und Franz Holzhe u (Hrsg.): *Theorie und Politik der internationalen Wirtschaftsbeziehungen*, Stuttgart-New York 1980, S. 119.

¹⁷ *Voprosy Ékonomiki*, Nr. 12/1980, S. 98.